

Bekanntmachung

Vollzug des Baugesetzbuches (BauGB);

Bebauungsplan Nr. 34 „Gewerbegebiet Mayerhöfen Nord“ und 10. Änderung des Flächennutzungsplans mit integriertem Landschaftsplan

hier: Bekanntmachung des Aufstellungs- und Änderungsbeschlusses und Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit

Der Gemeinderat der Gemeinde Winkelhaid hat in seiner Sitzung am 28.02.2023 die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 34 „Gewerbegebiet Mayerhöfen Nord“ sowie die Aufstellung der 10. Änderung des Flächennutzungsplans im Parallelverfahren gem. § 8 Abs. 3 BauGB beschlossen. Aufstellungs- und Änderungsbeschluss werden hiermit gemäß § 2 Abs. 1 BauGB bekannt gemacht.

Das Plangebiet befindet sich im Nordosten von Winkelhaid. Die Gesamtfläche beträgt ca. 3.800 m² (0,38 ha) und umfasst die Flurstücke Nrn. 169/1 (tlw.), 732/1 (tlw.), 732/9 (tlw.) und 748 in der Gemarkung Winkelhaid. Der räumliche Geltungsbereich ergibt sich aus dem beigefügten Kartenausschnitt (Lageplan) des Bauamtes der Gemeinde Winkelhaid vom 09.03.2023, in dem der Planbereich gekennzeichnet ist. Der Kartenausschnitt ist als Anlage Teil dieser Bekanntmachung.

Im Nordosten der Gemeinde Winkelhaid befinden sich das Gewerbegebiet Mayerhöfen sowie als öffentliche Grünfläche der Mehrgenerationenplatz der Gemeinde. Das Gewerbegebiet soll nun nördlich des Mehrgenerationenplatzes zur Baurechtschaffung für einen Backshop mit Café und Außenbereich erweitert werden. Diese Nutzungen sollen in Ergänzung zum Mehrgenerationenplatz entstehen und die Aufenthaltsqualität im östlichen Siedlungsbereich von Winkelhaid weiter verbessern.

Mit der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 34 „Gewerbegebiet Mayerhöfen Nord“ wird als Hauptplanungsziel die Festsetzung eines Gewerbegebiets verfolgt.

Im wirksamen Flächennutzungsplan mit integriertem Landschaftsplan (FNP) der Gemeinde Winkelhaid (derzeit mit Stand der 9. Änderung) ist das Plangebiet größtenteils als Fläche für Wald dargestellt. Der westliche Teil des Plangebiets im Bereich der Reicherzaunstraße ist als Fläche für die Landwirtschaft – Dauergrünland dargestellt. Der Bebauungsplan ist somit nicht aus dem Flächennutzungsplan entwickelt und muss geändert werden. Dies erfolgt im Parallelverfahren gem. § 8 Abs. 3 BauGB über die 10. Änderung des Flächennutzungsplanes.

Die Vorentwürfe mit Begründungen und Umweltberichten liegen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB in der Zeit vom

15. März 2023 bis einschließlich 14. April 2023

im Rathaus Winkelhaid, Penzenhofener Str.1, 1. OG Zimmer 19, 90610 Winkelhaid, während der allgemeinen Dienststunden (Montag von 08.00-12.00 Uhr, 13.00-15.30 Uhr, Mittwoch 08.00-12.00 Uhr, 14.00-18.00 Uhr, Dienstag, Donnerstag, Freitag 08.00-12.00 Uhr) öffentlich aus.

Die Planunterlagen wurden gem. § 4a BauGB auch in das Internet unter www.winkelhaid.de unter dem Punkt „Rathaus“ - „Bauamt“ - „Bauleitplanverfahren“ eingestellt und können dort ebenfalls eingesehen werden. Verbindlich sind die ausliegenden Fassungen im Rathaus.

Während der Auslegungsfrist können von jedermann Stellungnahmen z.B. schriftlich, mündlich zur Niederschrift oder elektronisch bei der Gemeinde Winkelhaid, Penzenhofener Straße 1, 90610 Winkelhaid, Tel.: 09187/9720-0, Fax: 09187/9720-20, E-Mail: buergerinfor@winkelhaid.de abgegeben werden. Zudem können Stellungnahmen auch telefonisch unter 09187/9720-24 zu Protokoll gegeben werden. Außerhalb der o.g. Dienststunden können Termine zur Einsichtnahme oder zur Niederschrift von Stellungnahmen vereinbart werden.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt auf der Grundlage des Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e (DSGVO) i.V.m. § 3 BauGB und dem BayDSG. Sofern Sie eine Stellungnahme ohne Absenderangaben abgeben, erhalten Sie keine Mitteilung über das Ergebnis der Prüfung. Weitere Informationen entnehmen Sie bitte dem Formblatt „Datenschutzrechtliche Informationspflichten im Bauleitplanverfahren“, das ebenfalls öffentlich ausliegt.

Winkelhaid, den 13.03.2023

GEMEINDE WINKELHAID



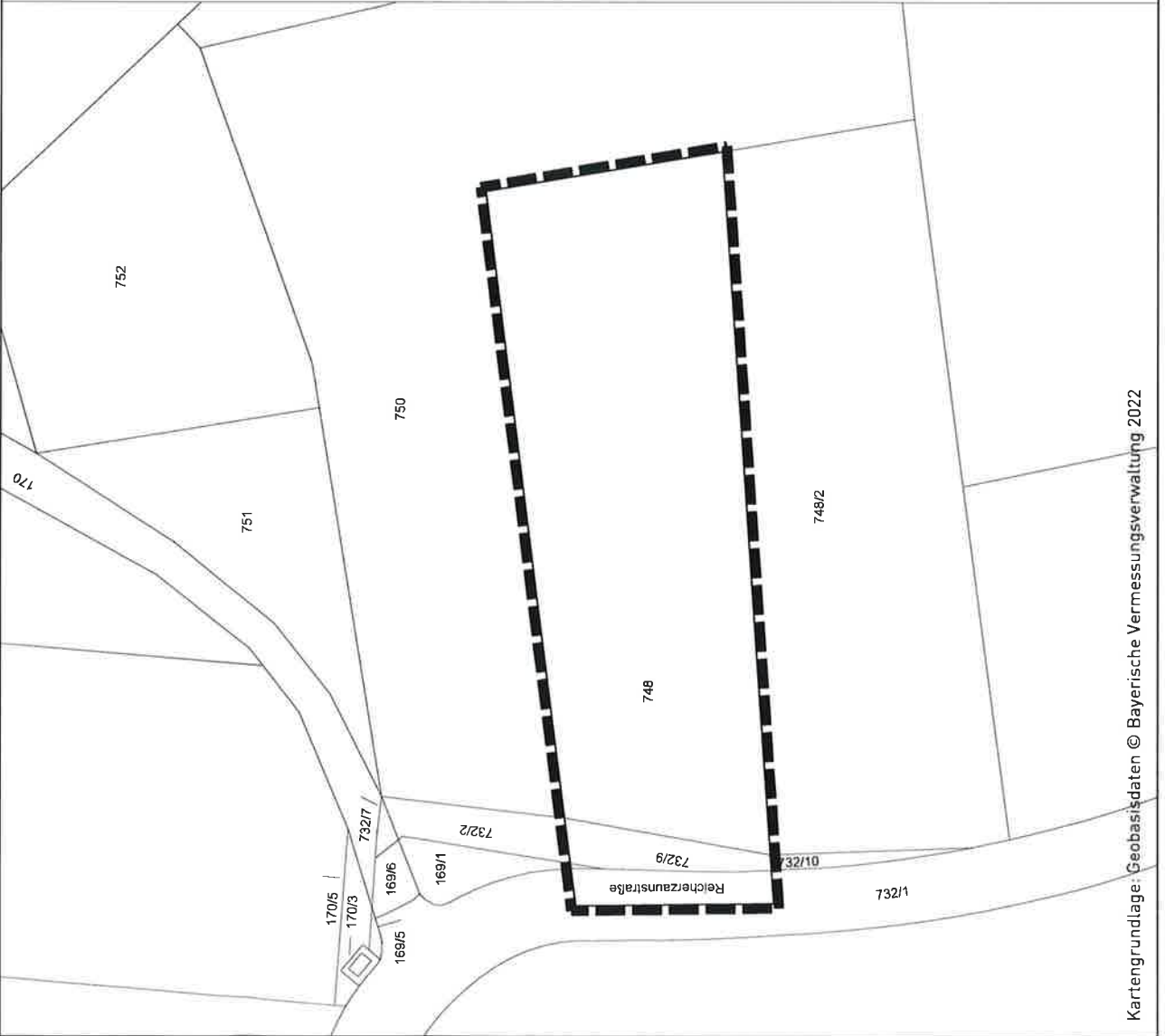
Michael Schmidt
1. Bürgermeister






Gemeinde Winkelhaid

Bebauungsplan Nr. 34 "Gewerbegebiet Mayerhöfen Nord" und 10. Änderung FNP



Kartenausschnitt (Lageplan)

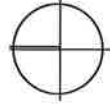
der als Anlage der Bekanntmachung vom 09.03.2023 beigefügt ist.

 Räumlicher Geltungsbereich des Bebauungsplanes
Nr. 34 "Gewerbegebiet Mayerhöfen Nord" und
der 10. Änderung FNP

Der Kartenausschnitt (Lageplan) mit der Abgrenzung des
Plangebietes kann bei der Gemeindeverwaltung während der
allgemeinen Dienststunden eingesehen werden.

Gemeinde Winkelhaid, 09.03.2023

Schmidt
Erster Bürgermeister



Datenschutzrechtliche Informationspflichten im Bauleitplanverfahren nach Art. 13 und 14 DSGVO

1.1 Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Verantwortlicher: Gemeinde Winkelhaid, Erster BGM Michael Schmidt
Anschrift: Penzenhofener Straße 1, 90610 Winkelhaid
E-Mail-Adresse: buergerinfo@winkelhaid.de
Telefonnummer: 09187/9720-0

1.2 Name und Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Verantwortlicher: secopan GmbH
Anschrift: Am Schönblick 14, 71229 Leonberg
E-Mail-Adresse: datenschutz@secopan.de
Telefonnummer: 07152/56958-0

2. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Die Verarbeitung der Daten erfolgt im Rahmen der Planungshoheit der Gemeinde zum Zwecke der Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung und insbesondere zur Durchführung von Bauleitplanverfahren [Formulierung für die **allgemeine Information**, vgl. Hinweise zum Musterblatt I. 1 u III,] zur Durchführung des Bauleitplanverfahrens [Formulierung für die **konkrete Information**, vgl. Hinweise zum Musterblatt I. 2. u. III.].

Im Rahmen dessen sind das Planerfordernis und die Auswirkungen der Planung zu ermitteln und die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen (§ 1 Abs. 3, 6 u. 7 BauGB). Dazu erfolgt eine Erhebung personenbezogener Daten, soweit dies zur Ermittlung der abwägungsrelevanten Belange notwendig ist.

Die Erhebung erfolgt unter anderem durch die Gemeindeverwaltung oder im Auftrag der Gemeindeverwaltung durch Dritte, durch eingehende Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden im Rahmen der gesetzlich geforderten Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligungen (§§ 3 – 4c BauGB).

Die Verarbeitung von Adressdaten ist erforderlich, um der Pflicht zur Mitteilung des Abwägungsergebnisses nachzukommen.

Die Verarbeitung ist für die Wahrnehmung einer öffentlichen Aufgabe erforderlich, die im öffentlichen Interesse liegt. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 Buchst. e DSGVO i. V.m. Art. 4 Abs. 1 BayDSG sowie dem anzuwendenden Fachgesetz (BauGB).

3. Arten personenbezogener Daten

Folgende Daten werden verarbeitet:

- Vorname, Nachname, Adresse und sonstige Kontaktdaten
- Daten, die städtebaulich und bodenrechtlich relevant sind
- Daten, die im Rahmen von Stellungnahmen abgegeben wurden (sog. aufgedrängte Daten)

4. Empfänger

Personenbezogene Daten werden folgenden Empfängern übermittelt:

- Stadt-/Marktgemeinde-/Gemeinderat und den Ortsteilräten zur Beratung und Entscheidung über die Abwägung
- Höheren Verwaltungsbehörden zur Prüfung von Rechtsmängeln
- Gerichten zur Überprüfung der Wirksamkeit der Bauleitpläne
- Dritten, die in die Durchführung des Verfahrens im Auftrag der Gemeinde eingebunden sind

5. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Die Gewährleistung eines Rechtsschutzes im Rahmen einer gerichtlichen Prüfung erfordert die dauerhafte Speicherung personenbezogener Daten. Denn auch nach Ablauf der Fristen für die Erhebung einer Normenkontrollklage kann ein Bauleitplan Gegenstand einer gerichtlichen Inzidentprüfung sein. Sonstige Unterlagen werden so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung gesetzlicher Aufbewahrungsfristen bzw. für die Aufgabenerfüllung erforderlich ist.

6. Betroffenenrechte

Gegen den Verantwortlichen bestehen das Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO), Berichtigung (Art. 16 DSGVO), Löschung (Art. 17 DSGVO), Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO) sowie auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO). Des Weiteren kann Widerspruch gegen die Datenverarbeitung eingelegt werden (Art. 21 DSGVO). Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt (Art. 7 Abs. 3 S. 2 DSGVO).

Die vorgenannten Rechte bestehen nur nach den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen und können auch durch spezielle Regelungen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein.

Im Rahmen der Verarbeitung personenbezogener Daten besteht ferner das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde nach Art. 77 Abs. 1 DSGVO. Dies ist für den Freistaat Bayern der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz, Wagnmüllerstraße 18, 80538 München, poststelle@datenschutz-bayern.de.